

**Deputation für Bildung**  
(staatlich)  
**Sitzungsprotokoll der 25. Sitzung**

16. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2003 - 2007

Sitzungstag <b>16. März 2006</b>	Sitzungsbeginn <b>10.00 Uhr</b>	Sitzungsende <b>11.00 Uhr</b>	Sitzungsort <b>Rembertiring 8-12 28195 Bremen</b>
-------------------------------------	------------------------------------	----------------------------------	--

**Teilnehmer/innen:**

siehe anliegende Anwesenheitsliste

**Tagesordnung:**

- TOP 1      Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2      Genehmigung der Protokolle vom 09. Februar 2006 und vom 20. Februar 2006
- TOP 3      Verschiedenes
- TOP 4      Beratungsschwerpunkte der 313. Plenarsitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister und –senatoren der Länder in der Bundesrepublik Deutschland am 02.03.2006 in Berlin      Vorlage L 189
- TOP 5      Studentafel im Jahrgang 10      Vorlage L 190
- TOP 6      Novellierung der Verordnung über die Organisation des Bildungsgangs der Grundschule (Grundschulverordnung)      Vorlage L 191
- TOP 7      Jahresabschluss des Haushalts 2005 – Produktplan Bildung      Vorlage L 192 / G 144
- TOP 8      Umsetzung der musisch kulturellen Projekte in Bremen und Bremerhaven      Vorlage L 193 / G 145
- TOP 9      Benchmarking Bericht      Vorlage L 194
- TOP 10      Evaluation des Projektes „Schule macht sich stark“ (SMS) unter Gendermainstreaming Aspekten      Vorlage L 195
- TOP 11      Ergebnisse der externen Evaluation      Vorlage L 196
- 
- TOP 1      Genehmigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird ohne Änderung genehmigt.

---

**TOP 2      Genehmigung der Protokolle vom 09. Februar 2006 und vom 20. Februar 2006**

---

Die Protokolle vom 20. Februar 2006 werden ohne Änderung beschlossen.

Im Protokoll der Sitzung am 09. Februar wird der letzte Halbsatz zu Top 7 geändert in „...sondern dem Erhalt eines Angebotes in Bremen Nord für die Nordbremer Schulen.“. Das Protokoll wird mit dieser Änderung genehmigt.

---

**TOP 3      Verschiedenes**

---

- 1) Der **Ergebnisvermerk der 10. Sitzung des Ausschusses für Berufliche Bildung** am 2. März 2006 wurde verteilt.
- 2) Die Deputation für Bildung beschließt, die für den 4. Mai 2006 **geplante Sitzung der Deputation für Bildung ersatzlos zu streichen**. Als Mitglieder der Feriendeputation werden Frau Stahmann, Frau Hövelmann und Herr Rohmeyer auf Beschluss der Deputation für Bildung eingesetzt.
- 3) Frau Schmidtke bitte um einen Bericht zu den Erfahrungen mit dem **Übergang aus der 4. in die 5. Jahrgangsstufe** – insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Korrektur des ausgeübten Elternwillens durch die Schule beim Übergang in die 7. Klasse.
- 4) Herr Willmann bittet um Vorlage **einer Unterrichtsausfallstatistik für Bremerhaven**.
- 5) Frau Hövelmann bittet um **Nachlieferung eines aussagekräftigen Produktgruppenplanes** für Bremerhaven.

Senator Lemke sagt eine Beantwortung der offenen Fragen zur nächsten Sitzung zu.

---

**TOP 4      Beratungsschwerpunkte der 313. Plenarsitzung der Ständigen      Vorlage L 189**  
**Konferenz der Kultusminister und –senatoren der Länder in**  
**der Bundesrepublik Deutschland am 02./03. März in Berlin**

---

Frau Stahmann bittet um eine kurze Einschätzung der sich aus der Föderalismusreform für das Land Bremen ergebenden Konsequenzen. Senator Lemke erläutert, dass die Konsequenzen im Bildungsbereich nicht ganz so massiv seien, wie die, die dem Wissenschaftsbereich bevor stünden. Als problematisch könne sich zukünftig die uneinheitliche Besoldung erweisen, da dies die ärmern Länder zunehmend unattraktiv für besonders leistungsfähiges Personal mache. Wie es hinsichtlich der BLK-Modellversuche weitergeht, ist noch nicht abschließend entschieden, er werde jedoch weiter für deren Erhalt kämpfen. Frau Stahmann fragt, wie mit den Ergebnissen aus DESI weiter verfahren werde. Senator Lemke sagt einen Bericht zu den hier gewonnenen Erkenntnissen zu.

---

**TOP 5      Verkürzter gymnasialer Bildungsgang –      Vorlage L 190**  
**Studentafel Jahrgangsstufe 10 / Einführungsphase**

---

Herr Rohmeyer erklärt, dass seiner Auffassung nach die halbjährige Unterrichtung in den Naturwissenschaften vermieden werden müsse. Weiterhin kritisiert er die fehlenden Umsetzungsbestimmungen zum biblischen Geschichtsunterricht. Herr Dr. Bethge erwidert, dass die Regelung hinsichtlich der Naturwissenschaft ein Stundenvolumen von 6 Stunden vorsehe. Die 10. Klasse habe als Teil der Gymnasialen Oberstufe bereits eine Verpflichtung für Religion. Herr Rohmeyer weist darauf hin, dass der 10. Jahrgang aufgrund seiner „Scharnierfunktion“ zugleich auch zur Sekundarstufe I gehöre. Er fragt, welche Konsequenzen dies für Abgänger nach der 10. Klasse habe. Herr Dr. Bethge erwidert, dass das Stundenvolumen insgesamt höher sei als bisher, negative Konsequenzen für Abgänger seien somit nicht zu befürchten. Herr Willmann berichtet, dass insbesondere Lehrkräfte im Naturwissenschaftlichen Bereich die zu geringen Möglichkeiten für Schwerpunktsetzungen bemängelten. Auch kritisiert er, dass das niedrigere Stundenkontingent in den Klassen 5-9 die Durchlässigkeit für Sekundarschüler verschlechtere. Herr Bürger kritisiert die Regelungen hinsichtlich der Stundenorganisation in den Naturwissenschaften. Frau Stahmann weist darauf hin, dass ihre Fraktion die Vorlage vor allem wegen der unzureichenden Regelungen der Durchlässigkeit für Sekundarschüler ablehne. Herr Rohmeyer fragt, ob spätere Änderungen in den Umsetzungsregelungen zum Beispiel für den Naturwissenschaftlichen Bereich möglich seien. Herr Dr. Bethge antwortet, dass die Regelungen für den Naturwissenschaftlichen Bereich überprüft werden. Er weist darauf hin, dass die Sekundarschüler durch den Besuch der 10. Klasse mehr Unterricht als die Gymnasialklassen 5 bis 9 haben. Herr Rohmeyer bittet, die Regelungen zu den Naturwissenschaften noch einmal zu prüfen.

## **Beschluss (bei 2 Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)**

Die Deputation für Bildung stimmt den anliegenden Studentafeln für die Jahrgangsstufe 10 im gymnasialen Bildungsgang sowie ihren Umsetzungsbestimmungen zu.

---

### **TOP 6      Novellierung der „Verordnung über die Organisation des Bildungsganges der Grundschule (Grundschulverordnung)“      Vorlage L 191**

---

Frau Hövelmann dankt für die Übernahme von Anregungen in die Neufassung der Vorlage. Dies sei geschehen, um die gebundene Form weiter zu stärken. Frau Stahmann weist darauf hin, dass aufgrund der Änderungen auch ihre Fraktion der Vorlage zustimmen könne.

#### **Beschluss**

Die Deputation für Bildung nimmt den anliegenden Entwurf einer Novellierung der „Verordnung über die Organisation des Bildungsganges der Grundschule (Grundschulverordnung)“ zur Kenntnis.

---

### **TOP 7      Jahresabschluss des Haushalts 2005 – Produktplan Bildung -      Vorlage L 192 / G 144**

---

Frau Hövelmann bittet, einen aussagekräftigen Produktgruppenplan für Bremerhaven nachzuliefern. Sie bittet, die Angaben auf Seite 3 zu BAföG/Privatschulen/Weiterbildung genau aufzuschlüsseln. Frau Moning erwidert, dass 0,8 Mio. auf BAföG und je 0,1 Mio. auf die anderen beiden Positionen entfallen.

#### **Beschluss**

Die Deputation für Bildung nimmt den Controllingbericht und den Jahresabschluss 2005 zur Kenntnis.

---

### **TOP 8      Umsetzung der musisch-kulturellen Projekte in Bremen und Bremerhaven      Vorlage L 193 / G 145**

---

Frau Hövelmann erläutert, dass die Bremerhavener Projekte sehr vielschichtig und interessant sind. Die für das „maritime Küstenprojekt“ veranschlagten 20.000 Euro seien ihrer Ansicht nach besser in einem Sommer- oder Herbstcamp investiert. Sie bittet, dies zu überprüfen und hierzu zu berichten. Frau Stahmann und Herr Rohmeyer unterstützen dieses nachdrücklich.

#### **Beschluss**

1. Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Bildung stimmt zu, dass die Restmittel
  - in Bremen zur Finanzierung des Sommercamps und des Herbstcamps in 2006 eingesetzt werden,
  - in Bremerhaven zur Fortsetzung von Maßnahmen bis zum Ende des Schuljahres 2005/2006 verwandt werden.

---

### **TOP 9      Benchmarking-Bericht 2005**

**Vorlage L 194**

---

Frau Hövelmann führt aus, dass der Bericht belegt, dass die Kosten in Bremen soweit gesenkt wurden, dass eine weitere Reduktion nicht mehr machbar ist. Ein besonderes Augenmerk soll auf den mit 8,6 % aller Schüler viel zu hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern ohne Hauptschulabschluss gelegt werden. Frau Stahmann ergänzt, dass die Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen, dass alle Bundesländer mit Ausnahme des Saarlandes

und Bremens ihre Ausgaben im Bildungsbereich nach den PISA-Ergebnissen gesteigert haben. Problematisch sei die geringe Ausstattung insbesondere im Grundschulbereich. Senator Lemke erwidert, dass eine Stärkung der Grundschulen in 2005 und 2006 über die PISA-Mittel erfolgte. Eine weitere Beschneidung sowohl der Sekundarstufe I als auch der Sekundarstufe II sei nicht zumutbar.

### **Beschluss**

Die Deputation nimmt den Benchmarking Bericht 2005 zur Kenntnis und bittet darum, diese Vorlage an den Haushalts- und Finanzausschuss weiterzuleiten.

---

**TOP 10 Evaluation des Projektes „Schule macht sich stark“ (SMS) Vorlage L 195  
unter Gender-Mainstreaming-Aspekten**

---

Frau Stahmann bemängelt, dass kein detaillierterer Bericht vorgelegt wurde. Sie bittet um eine erneute Vorlage zu diesem Thema noch in diesem Jahr. Herr Bothmann erwidert, dass dies nicht leistbar sei. Senator Lemke ergänzt, dass auch aus Rücksichtnahme auf die Schulen hier eine erneute Befassung nicht mehr in diesem Jahr vorgesehen werden sollte.

### **Beschluss**

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Evaluation des Projektes SMS unter Gender-Mainstreaming-Aspekten zur Kenntnis.

Die Deputation bittet um Berücksichtigung dieser Aspekte bei der nächsten regulären Berichterstattung über das Projekt SMS im Frühjahr 2007.

---

**TOP 11 Weiterführung der externen Evaluation für Bremer Schulen in Vorlage L 196  
2005-2007**

---

Frau Stahmann bittet um Erläuterung, welche Konsequenzen aus den Ergebnissen gezogen werden. Senator Lemke berichtet von der sehr guten Resonanz und Akzeptanz durch die Schulen. Bisher sind nur die Schulen evaluiert worden, die sich freiwillig für die Evaluation gemeldet haben, interessant werde es, wenn auch die anderen evaluiert werden. Die Schulen werden bei der Abarbeitung der Evaluationsergebnisse intensiv durch die Schulaufsicht begleitet. Herr Peter (Personalrat Schulen) begrüßt den Bericht. Er weist darauf hin, dass die große Zahl neuer Maßnahmen den Schulen Probleme bereite. Die Schulen benötigen Zeit und entsprechende finanzielle Mittel um alles optimal umzusetzen. Frau Jansen fordert, dass die sonderpädagogische Förderung mit großer Priorität und klaren Arbeitsaufträgen weiterentwickelt werden müsse. Frau Böschen bittet um eine Erläuterung, der geplanten Überprüfung. Herr Bothmann erläutert, dass dieser Bereich inhaltlich weiterentwickelt werde, es werden Gespräche der Schulaufsicht mit den Schulen geführt bis zum Abschluss von Zielvereinbarungen. Herr Henschen ergänzt, dass gerade die Möglichkeit geprüft würde, die sonderpädagogische Förderung mit Berliner Partnern zu evaluieren. Außerdem sollen sich die Schulprogramme der Schulen auf die Evaluation beziehen.

### **Beschluss**

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht und die weiteren Planungen zur Kenntnis.

### **Beschluss**

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht und die weiteren Planungen zur Kenntnis.